

Stand: 27.07.2024 04:20:24

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/21043

"Haushaltsplan 2022; hier: Anschaffung von Lernmaterialien zum interreligiösen Dialog an Grundschulen und Förderschulen (Grundschulstufe) (Kap. 03 03 Tit. 536 02)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/21043 vom 11.02.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21895 des HA vom 22.02.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 111 vom 06.04.2022 (EPL 3)



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tobias Reiß, Josef Zellmeier, Manfred Ländner, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Steffen Vogel, Martin Bachhuber, Gudrun Brendel-Fischer, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Matthias Enghuber, Max Gibis, Alfred Grob, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Harald Kühn, Andreas Lorenz, Barbara Regitz, Berthold Rüth, Dr. Ludwig Spaenle, Peter Tomaschko, Ernst Weidenbusch, Georg Winter CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Johann Häusler, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Haushaltsplan 2022;

**hier: Anschaffung von Lernmaterialien zum interreligiösen Dialog an Grundschulen und Förderschulen (Grundschulstufe)
(Kap. 03 03 Tit. 536 02)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 03 03 wird der Ansatz im Tit. 536 02 (Kosten der Integrationsbeauftragten) um 100,0 Tsd. Euro von 98,0 Tsd. Euro auf 198,0 Tsd. Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt aus Kap. 13 03 Tit. 893 06.

Begründung:

Kinder werden zunehmend mit der kulturellen und religiösen Vielfalt in unserem Land konfrontiert. Das Thema Religion kindgerecht zu vermitteln, stellt Lehrerinnen und Lehrer oftmals pädagogisch und inhaltlich vor eine große Herausforderung.

Offenheit und Verständnis für die verschiedenen Religionen von klein auf zu fördern und zu entwickeln, ist essenziell wichtig für ein gelingendes Zusammenleben der verschiedenen Kulturen. Geeignete Bilderbücher, Sachbücher zum Vor- und Selberlesen sowie Romane vermitteln auf höchst unterschiedliche, aber unterhaltsame und ansprechende Weise Wissen über die verschiedenen Religionen. Im Idealfall wird dadurch bereits in der Grundschule ein interreligiöser Dialog in Gang gebracht, der Gemeinsamkeiten erkennbar macht.

Über die feste Verankerung der interreligiösen Bildung in den bayerischen Schulen hinaus stellen die genannten Arten von Büchern eine sinnvolle Ergänzung dar. Daher ist es wünschenswert, dass Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften in den Schulbibliotheken oder an anderen geeigneten Orten in den Grund- und Förderschulen Bücher zum Thema interreligiöser Dialog zur Verfügung stehen.

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21895 des HA vom 22.02.2022

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Barbara Becker

Abg. Dr. Martin Runge

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Wolfgang Hauber

Abg. Stefan Löw

Abg. Stefan Schuster

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Holger Dremel

Abg. Gülseren Demirel

Staatsminister Joachim Herrmann

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Haushaltsplan 2022

Einzelplan 03

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/21043 mit 18/21045, 18/21182 und 18/21261)

Interfraktioneller Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drs. 18/21021)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/20789 mit 18/20806)

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/20879 mit 18/20902)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/20679 mit 18/20682)

Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/20722 und 18/20723)

Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion (Drsn. 18/20876 und 18/20877)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)

(Drs. 18/22062)

Zum Änderungsantrag der AfD wurde von der AfD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt. Der Antrag wurde Ihnen vorab elektronisch übermittelt.

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat auch hier 45 Minuten. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die SPD-Fraktion zu dem interfraktionellen Änderungsantrag auf Drucksache 18/20876 namentliche Abstimmung und die AfD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 18/20902 Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt haben.

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Barbara Becker für die CSU-Fraktion.

Barbara Becker (CSU): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Schwierige Zeiten sind ja immer gute Zeiten für Heldengeschichten. Anna Schell hat so eine Heldengeschichte; sie ist bayerische Polizistin. Sie ist Sportlerin. Seit vorgestern ist sie Europameisterin im Ringen in der Gewichtsklasse bis 72 Kilogramm. Wenn sie jetzt noch, was ich nicht weiß, Tochter von Immigranten wäre, dann wäre in Anna Schell die ganze Bandbreite vereint, für die unser Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration steht. Liebe Anna Schell, heute, am Internationalen Tag des Sports, herzlichen Glückwunsch zu dieser großartigen Leistung.

(Beifall bei der CSU)

Gestern hat unser Innenminister Joachim Herrmann als Vorsitzender der Innenministerkonferenz die bundesweite Kriminalstatistik vorgestellt. Wenig überraschend, aber doch schön: Bayern ist wie immer die Nummer 1 unter allen Bundesländern – und zwar im positiven Sinn. Wie immer sind wir das sicherste Bundesland. Diesen Erfolg erarbeiten wir uns täglich neu.

Der G7-Gipfel wird wahrscheinlich deshalb wieder in Elmau stattfinden. Das ist gut so. Bundeskanzler Scholz hat zumindest im Nachhinein seine Grenzen diesbezüglich erkannt und will nicht wieder nach Hamburg, sondern dorthin, wo der G7-Gipfel auch funktioniert. – Für die Durchführung des G7-Gipfels auf Schloss Elmau ist im neuen Haushalt übrigens ein Betrag von 179 Millionen Euro veranschlagt. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bitte neh-

men Sie zu den Kollegen auf Bundesebene nach Berlin mit: Wir erwarten schon, dass auch der Bund seinen erheblichen finanziellen Teil zum G7-Gipfel beiträgt.

Mit dem Einzelplan 03 liegt wieder ein starker Haushaltsentwurf vor, der dem Freistaat Bayern als Land der inneren Sicherheit gerecht wird. Der Einzelplan weist eine Steigerung um rund 300 Millionen Euro auf und bewegt sich damit einschließlich Nachschubliste in einer Größenordnung von fast 7 Milliarden Euro; es sind 6,9 Milliarden Euro.

Es war ja ein Ziel, bei der Polizei die Zahl der Köpfe auf 45.000 zu erhöhen. Um dieses Ziel zu erreichen, sind für unsere Polizei 500 zusätzliche Stellen im Jahr 2022 vorgesehen. Wenn im Jahr 2023 wieder eine Aufstockung um 500 Stellen erfolgt, wird das angestrebte Ziel erreicht. Damit ist der höchste Personalbestand bei der Polizei in Bayern erreicht, der je zu verzeichnen war. Das ist schon echt ein Wort. – Zum Bereich Personal wird mein Kollege Holger Dremel mehr berichten. Er ist ja Polizist. Ich bin die Frau eines Polizisten, und damit stehe ich für die vielen Angehörigen der Polizistinnen und Polizisten, aber auch der Feuerwehrleute und der Rettungsdienstkräfte. Wir Angehörige hoffen bei jedem Einsatz, dass ihr körperlich und seelisch gesund und erfolgreich zurückkommt. Danke für euren Dienst an der Gesellschaft.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Als eure Angehörigen wollen wir, dass der Staat alles, aber auch wirklich alles tut, um euch die beste Ausstattung zur Verfügung zu stellen. Ein paar Beispiele dafür aus dem Haushaltsentwurf: Für den Brandschutz und die Feuerweherschulen sind insgesamt 91,8 Millionen Euro veranschlagt. Damit wird trotz der vielen Herausforderungen, die alle Kollegen jetzt schon benannt haben, der schon eingeschlagene Kurs fortgeführt.

Im Sachhaushalt liegen die Herausforderungen in der Unterbringung und Versorgung von Asylbewerberinnen und -bewerbern. Allein auf diesen Posten entfällt ein Betrag von rund 1 Milliarde Euro, was ungefähr der Hälfte der Sachausgaben entspricht. Der

Freistaat Bayern engagiert sich damit außerordentlich in der Flüchtlings- und Migrationsarbeit.

Das Sonderinvestitionsprogramm für den Katastrophenschutz wird mit 20 Millionen Euro fortgeführt. Darüber hinaus sind 110 Millionen Euro für Investitionen in den Digitalfunk vorgesehen. Das Polizeibudget mit einem Volumen von 500 Millionen Euro, also einer halben Milliarde, bewegt sich auf Rekordniveau. So sind schon dieses Jahr Mittel für die Beschaffung von zwei neuen Polizeihubschraubern eingeplant. Die Investitionen für Baumaßnahmen werden auf sehr hohem Niveau fortgeführt. In der Anlage S sind zusätzliche Mittel in Höhe von 3 Millionen Euro veranschlagt. Insgesamt sind es damit 85 Millionen Euro. Damit können alle laufenden Baumaßnahmen fortgeführt und neue begonnen werden.

Liebe Polizistinnen und Polizisten, liebe Feuerwehrleute und Rettungsdienstkräfte, die innere Sicherheit muss man auch finanzieren. Wir Christsoziale und FREIE WÄHLER tun das. Wir stehen hinter euch, hinter Ihnen. Natürlich gibt es immer noch weitere Ideen, worin man noch investieren könnte. Aber das, was wir in die innere Sicherheit investieren, wollen wir durchhalten, und das auch in schlechten Zeiten. Innere Sicherheit ist kein kleiner Sprint, an dessen Ende ein cooles Selfie steht, und dann ist es vorbei. Innere Sicherheit ist ein Marathon oder noch besser, ein Ultralauf. Liebe Polizistinnen und Polizisten, liebe Feuerwehrleute, liebe Sportlerinnen und Sportler, ihr könnt euch sicher sein, wir Christsoziale laufen diesen Ultralauf mit.

Wenn es ein Rating für innere Sicherheit gäbe, gäbe es ein Triple A plus für unser Dream-Team aus Joachim Herrmann und Gerhard Eck bzw. jetzt Sandro Kirchner. Macht weiter so! Gleiches gilt für alle Kolleginnen und Kollegen im Innenausschuss des Bayerischen Landtags. Danke für die sehr gute Zusammenarbeit. Ich bitte um Zustimmung zum Einzelplan 03.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Becker. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Herr Kollege Dr. Martin Runge.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das Ressort des Innenministers hat bekanntlich zahlreiche Aufgaben. Das geht von Verfassung und Verwaltung über das Kommunalwesen, die öffentliche und zivile Sicherheit, die Aufenthalts-, Asyl- und Integrationspolitik, den Sport bis hin zu zahlreichen Einzelfeldern. Ein Großteil dieser Themen ist bei uns im Innenausschuss beheimatet und wird dort be- und verhandelt. Deswegen nutze ich diesen Kurzbeitrag auch, um den Kollegen und der singulären Kollegin für das gute und offene Zusammenwirken zu danken. Danke an den Landtagsbeauftragten und auch an Sie, Herr Innenminister Herrmann. Sie kommen immer wieder, selbst auf kurzfristige Anfrage hin, um uns zu informieren und Rede und Antwort zu stehen.

Wir hatten – das wurde auch einvernehmlich so beschlossen – mehrere Anhörungen zu wichtigen Themen, zum Beispiel zur Bedrohung von Kommunalpolitikern, zur Situation der Feuerwehren oder zum Katastrophenschutz. Aus diesen Anhörungen sind zahlreiche Anträge entstanden. Interessanterweise wurden sie von verschiedenen Fraktionen eingereicht, aber die Inhalte und Ziele waren jeweils deckungsgleich. Allerdings hat das Zusammenwirken doch nicht so weit gereicht, dass die Regierungsfraktionen auch unseren einschlägigen Haushaltsanträgen zustimmen wollten. Beispiele sind Anträge zu Digitallotsen, für mehr Stellen in der unteren Staatsverwaltung in den Landratsämtern, zu Stellen für eine Lehrgruppe im Katastrophenschutz oder zur Förderung der Sanierung von Feuerwehrhäusern und nicht immer nur des Neubaus, oder auch zu Zuschüssen für die Flüchtlings- und Integrationsarbeit. Dazu wird die Kollegin Gülseren Demirel noch kurz sprechen.

Im Kernbereich der Innenpolitik gilt es vor allem, die richtige Balance zwischen Freiheit auf der einen Seite und Sicherheit auf der anderen Seite zu finden. Da schlägt unseres Erachtens das Pendel noch etwas zulasten der Freiheit aus. Zwei Beispiele dafür: Das eine ist das Polizeiaufgabengesetz. Als Stichworte erwähne ich nur die Ausweitung des Begriffs der drohenden Gefahr, Dauer und Anlässe des Präventivgewahrsams und der neu hinzugekommene Artikel 60a zur Zuverlässigkeitsüberprüfung. Das

zweite Beispiel ist der Kauf und der vorgesehene Einsatz der – ich nenne es einmal so – Verknüpfungssoftware VeRA des US-Unternehmens Palantir. Abgesehen von den Gefahren, die im Einsatz lauern und die im Innenausschuss ausführlich behandelt worden sind, ist es schon bemerkenswert, welche illustre Leute sich in und um dieses Unternehmen bewegen. Es sind die Herren Peter Thiel, Alex Karp, Jan Marsalek, der uns allen im Übrigen auch aus einem anderen Zusammenhang bekannt ist, und neuerdings auch Sebastian Kurz.

Einige wenige Sätze zum Kommunalwesen: Aktuell sind überall die Folgen des schändlichen Überfalls Russlands auf die Ukraine und der Umgang mit den geflüchteten Menschen das Kernthema. Wir begrüßen die Ansage der Herren Söder und Herrmann, dass den Kommunen hier alle Ausgaben erstattet werden. Unbesehen des Gehakels zwischen Bund und Ländern sind es die Länder, die für das Zusammenspiel mit den Kommunen verantwortlich sind. Da wäre an der einen oder anderen Stelle doch noch mehr Klarheit angesagt. Die Unterbringung ist relativ gut durch das Bayerische Aufnahmegesetz geregelt. Wie aber funktioniert die Erstattung, wenn zum Beispiel die VHS oder andere Träger für Deutschkurse oder Integrationskurse Geld von den Kommunen verlangen und dann auch bekommen, oder wie sieht es beim Schaffen von Stellen aus?

Ein letzter Gedanke: Auf kommunaler Ebene ist man/frau im Zuge der Corona-Krise und jetzt vor allem auch aufgrund des Desasters in der Ukraine zusammengerückt. Uns allen in den kommunalen Gremien ist bewusst, dass in den staatlichen Landratsämtern Land unter herrscht. Das ist auch der Grund dafür, dass es im Falle von Schieflagen und Verzögerungen kaum öffentlich vorgetragene Anwürfe gibt. Von einem Zusammenrücken auf Bundes- und Landesebene ist wenig zu spüren. Hier gilt eher das Gegenteil. Es wäre schon schön und wichtig, wenn die gegenseitigen Schuldzuweisungen und das Gemäkele bis hin zu persönlichen Angriffen zumindest eingedämmt würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege Runge.
– Als Nächsten rufe ich Herrn Wolfgang Hauber für die Fraktion der FREIE WÄHLER auf.

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf heute zum Haushaltsplan des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration, zum Einzelplan 03, sprechen. Der Aufgabenbereich des Staatsministeriums des Innern ist sehr weit gefächert. Ich darf dazu einige Headlines aufzählen: Verfassung und Verwaltung, Kommunalwesen und Kommunalaufsicht, Sparkassen, öffentliche und zivile Sicherheit, Freizügigkeit, Aufenthalts- und Asylrecht, Integrations- und Migrationspolitik, Sozialleistungen für Asylbewerber, Sport und Sportförderung, Personenstands- und Namensrecht, Sammlungs-, Lotterie- und Glücksspielwesen, öffentliches Versicherungswesen, Statistik, öffentliches Vereinsrecht, Presserecht, Feiertagsrecht, Datenschutzrecht und Angelegenheiten der Stiftungen.

Bevor ich auf einige Schwerpunktthemen näher eingehen werde, möchte ich nicht versäumen, an dieser Stelle den Beschäftigten des Innenressorts, die die von mir genannten Aufgaben professionell bearbeiten, und den zahlreichen ehrenamtlichen Kräften, die sich täglich mit großem Einsatz im direkten Kontakt oder im Hintergrund für unsere Mitbürger engagieren, meinen aufrichtigen Dank auszusprechen. Auch zur Bewältigung der Corona-Pandemie leisten sie Großartiges, und das nun schon über den langen Zeitraum von zwei Jahren. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Der Applaus bestätigt meine Einschätzung. Das muss uns weiterhin die bestmögliche Ausstattung der Stellen und Ausgabemitteln wert sein. Der eindeutige Schwerpunkt des Haushaltsplans 03 liegt bei der inneren Sicherheit. Ja, Bayern ist seit Jahren das sicherste Bundesland. Die Kriminalitätszahlen, die in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfasst werden, sinken, und die Aufklärungsquoten steigen. Der Dreiklang aus Präven-

tion, guter polizeilicher Ermittlungsarbeit und Aburteilung der Straftäter funktioniert in Bayern. Deshalb können wir in Bayern sicher leben.

Ich möchte darauf hinweisen, dass Prävention zwar schwerpunktmäßig im Innenministerium angesiedelt ist, aber auch Justiz- und Kultusministerium leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. Mein Dank richtet sich demnach nicht nur an den Herrn Staatsminister Joachim Herrmann, sondern auch an die Herren Staatsminister Georg Eisenreich und Michael Piazolo.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der CSU)

Es ist ein Schwerpunkt der FREIEN WÄHLER, dass die Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger Bayerns auf hohem Niveau gehalten werden muss. Gesellschaft und Staat müssen besser vor Kriminalität, Terrorismus und vergleichbaren Bedrohungen geschützt werden. Die Anforderungen an die Gewährleistung innerer Sicherheit steigen; hier müssen wir jedwede Unterstützung auf den Weg bringen.

Die bayerische Polizei steht immer vor großen Aufgaben. Die notwendigen personellen Ressourcen müssen auch in Bayern weiter verstärkt bereitgestellt werden. Der Einzelplan 03 dient vor allem der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. 500 neue Stellen für die Polizei sind ein weiterer Schritt zur Anhebung des Personalstands auf rund 45.000 Polizeistellen. Mit einem aktuellen Stellenstand von nunmehr 44.034 sind wir auf der Zielgeraden in der Umsetzung.

Trotz der coronabedingt weiterhin angespannten Haushaltssituation sowie großer gesellschaftlicher und allgemeiner politischer Herausforderungen können mit dem Einzelplan 03 die wesentlichen Vorhaben des Innenressorts entsprechend dem Koalitionsvertrag sowie dem Regierungsprogramm und Masterplan BAYERN DIGITAL II umgesetzt bzw. zumindest wesentlich angestoßen werden.

Wir können weiterhin kräftig in die Sicherheit, aber auch in die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und das Zusammenleben unserer Bürgerinnen und Bürger in Bayern investieren, und das ist gut so.

Für den Sport stehen in Bayern 2022 gut 102 Millionen Euro bereit. Neben der Förderung des Breiten- und Nachwuchsleistungssports mit rund 80 Millionen Euro stehen auch für Sportgroßveranstaltungen und Sporteinrichtungen Mittel bereit, zum Beispiel für die European Championships 2022 in München rund 16,6 Millionen Euro, für die Kanuslalom-WM 2022 in Augsburg rund 0,9 Millionen Euro, für den Ersatzbau der großen Kälbersteinschanze in Berchtesgaden 0,5 Millionen Euro und für das BLSV-Sportcamp im Fichtelgebirge rund 3,5 Millionen Euro. Außerdem werden hierfür im Einzelplan 13 rund 3,3 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Zum Schluss möchte ich noch auf die Änderungsanträge der Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN eingehen; ich möchte nur zwei davon kurz ansprechen, zum einen den Änderungsantrag auf der Drucksache 18/21045 "Ausstattung der Führungsgruppen Katastrophenschutz und Örtlichen Einsatzleitungen mit Satellitenkommunikationsmitteln" mit 1 Million Euro: Diese Investition ist dringend notwendig und eine Lehre aus der Hochwasserkatastrophe im Ahrtal, wo die Kommunikation offenbar nicht so gut funktioniert hat.

Zum anderen möchte ich noch einen weiteren unserer Änderungsanträge ansprechen; hier geht es um eine Verpflichtungsermächtigung von 10 Millionen Euro. Das ist eine Fortsetzung dessen, was wir im Koalitionsvertrag unter der Überschrift "Sport ist die größte Bürgerbewegung in Bayern" festgelegt haben. Es geht um die Förderung des vereinseigenen Sportstättenbaus in strukturschwachen Regionen. Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass pro Jahr 10 Millionen Euro in dieses Förderprogramm investiert werden sollen. Nachdem Ende 2021 bereits 50 Millionen Euro von den Sportvereinen in Anspruch genommen wurden, scheint es uns gut und wichtig, diese Erfolgsgeschichte des Förderprogramms fortzuschreiben und darin 10 Millionen Euro

als Verpflichtungsermächtigung zu investieren. Ich bitte um Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen und auch zum Einzelplan 03 insgesamt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Kollege Hauber. – Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Stefan Löw von der AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

Stefan Löw (AfD): Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mit unseren Anträgen wollen wir vor allem die Sicherheit für unsere bayerischen Bürger erhöhen, nicht nur im Bereich der Polizei, sondern auch beim Katastrophenschutz. Darum fordern wir auch dieses Mal die Mittel zur Errichtung eines Zentrums für Wassergefahren, hat doch die Flutkatastrophe im Ahrtal deutlich gezeigt, wie notwendig die richtige Ausbildung unserer Retter ist. Zudem gilt es, unseren Rettungsdienst ideal für die Zukunft aufzustellen. Deswegen braucht es hier ein Gutachten zur Effizienzsteigerung.

Der Krieg in der Ukraine hat gezeigt, was echte Kriegsflüchtlinge sind und wie notwendig es ist, in unserem Land Kapazitäten frei zu halten und zu schaffen, um diesen Menschen in Not helfen zu können. Wer kommt zu uns? – Hauptsächlich Frauen und Kinder kommen zu uns, anders als im Jahr 2015, als die CDU/CSU-geführte Regierung unsere Grenzen für junge Männer geöffnet hat, die angeblich vor Gefahren geflüchtet sind und dabei den Mut gezeigt haben, ihre Familien im Stich zu lassen, ganz anders als die Ukrainer. Gerade einmal 2 % dieser Asylbewerber sind wirklich asylberechtigt; der Rest sind schlicht und ergreifend Wirtschaftsflüchtlinge; denn in der Türkei, in Griechenland, Italien oder Österreich herrscht kein Krieg. Das sind alles Länder, durch die ihre Fluchtroute führt.

Geld kann nur einmal ausgegeben werden. In unserem Land ist nur für eine begrenzte Anzahl an Menschen Platz. Deswegen zielen unsere Anträge darauf, Ausländer, die

unseren Schutz nicht benötigen, außer Landes zu bringen, und bayerische Steuergelder für bayerische Bürger und für Frauen und Kinder auszugeben, die unseren Schutz auch brauchen.

(Beifall bei der AfD)

Dazu gehört auch, unsere Sicherheitsbehörden zu stärken und so auszustatten, dass sie ihrer Aufgabe auch nachkommen können. Insbesondere müssen wir sie auf die aktuell steigenden Energie- und Treibstoffkosten vorbereiten. Wir bitten deshalb um Zustimmung zu unseren Anträgen.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Der nächste Redner ist Herr Stefan Schuster, SPD-Fraktion.

Stefan Schuster (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist ein sicheres Land. Die Menschen leben gerne hier, und sie können sich auf unsere Polizei, unsere Rettungsdienste, unseren Katastrophenschutz und natürlich auch auf unsere Feuerwehren verlassen. Dafür gebührt all den haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern unser aller Dank. Die SPD steht an ihrer Seite. Wir sorgen gemeinsam mit unserer Bundesinnenministerin dafür, dass Deutschland und Bayern sicher bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Der Einzelplan 03 ist insgesamt durchaus solide. Wir haben uns in diesem wichtigen Bereich der inneren Sicherheit aber mehr erhofft. Gerade mit Blick auf die Flutkatastrophe im letzten Jahr, aber auch mit Blick auf den schlimmen Krieg in der Ukraine wären beim Katastrophenschutz aus unserer Sicht größere Anstrengungen dringend notwendig. Wir haben im Innenausschuss dazu eine Anhörung gehabt. Es fehlt an guten Strukturen genauso wie bei der Digitalisierung.

Auch bei den Feuerwehren liegt ein enormer Sanierungsstau vor, der einfach nicht aufgelöst wird. Im vergangenen Jahr mussten wir feststellen, dass es in Bayern kaum mehr Sirenen gibt. Jetzt wurde bekannt, eventuell war es auch schon länger bekannt, dass wir in Bayern kaum Bunker haben. Es gibt also aktuellen Handlungsbedarf. Bei aller Kritik ist es aber durchaus lobenswert, und das findet auch die Unterstützung der SPD, dass Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste finanziell weiterhin ganz ordentlich ausgestattet sind. Kürzungen wären hier aber auch nicht vertretbar. Wenn zusätzliche Mittel für die Organisation des G7-Gipfels im Juni bereitgestellt werden, findet das ebenfalls unsere Zustimmung.

Unsere Polizei steht vor großen Herausforderungen, etwa bei der Bekämpfung von Kinderpornographie oder Cybercrime. Dafür muss sie personell und technisch auf höchstem Niveau ausgestattet sein. Das Gleiche gilt natürlich für unsere Rettungsdienste, die in den letzten zwei Jahren in der Corona-Pandemie mehr als bewiesen haben, was sie zu leisten imstande sind. Besonders froh bin ich im Übrigen darüber, dass CSU und FREIE WÄHLER endlich meinen Antrag aufgegriffen haben, den Feuerwehrleuten auch für 50-jährige Zugehörigkeit Gutscheine für das Feuerwehrerholungsheim zu spendieren. Das ist natürlich nur eine kleine Geste für großes ehrenamtliches Engagement, und es ist schade, dass es zwei Jahre gedauert hat, Sie zu überzeugen, aber es ist schön, dass es jetzt geklappt hat.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch richtig, dass wir die Feuerwehrerlebniswelt in Augsburg unterstützen. Ohne unsere Hilfe wäre sie, obwohl erst vor gut einem Jahr eröffnet, wegen Corona vor dem Aus gestanden. Was wir aber nach wie vor ablehnen, das sind aus unserer Sicht sinnlose Ausgaben für teure Showprojekte von Markus Söder. Wir brauchen weder ein Landesamt für Asyl noch eine Bayerische Grenzpolizei, die überhaupt keine Grenzen kontrollieren darf. Auch zusätzliche Pferde bei der Polizei sind aus unserer Sicht nicht notwendig. Ich weiß, wir stellen bereits 500 Polizistinnen und Polizisten im

Jahr ein, aber uns wären doch zusätzliche Polizistinnen und Polizisten anstatt der Pferde lieber, um die große Anzahl von Überstunden abzubauen.

(Beifall bei der SPD)

Im Ergebnis müssen wir den Einzelplan 03 trotz guter Ansätze ablehnen, weil aus unserer Sicht falsche Schwerpunkte gesetzt werden, während notwendige Zukunftsinvestitionen, beispielsweise beim Katastrophenschutz, fehlen.

Was unseren Antrag "Anpassung der Zuschüsse für Flüchtlings- und Integrationsberatung" auf Drucksache 18/20876 betrifft, zu dem wir namentliche Abstimmung beantragt haben, so zeigt die aktuelle Flüchtlingssituation, wie sehr wir auf die Wohlfahrts-träger und ihre Strukturen bei der Flüchtlings- und Integrationsberatung angewiesen sind. Diese nehmen eine staatliche Aufgabe wahr, die der Humanität und dem gesellschaftlichen Frieden dient. Die dringliche, wiederholte Forderung der Evangelischen Landessynode in Bayern – zuletzt vor wenigen Tagen verabschiedet — nach einer besseren Finanzierung dieser Stellen durch den Freistaat Bayern muss gehört werden. Die Förderrichtlinie muss verbessert werden. Auch dies hilft, den besonderen Herausforderungen und dem Elend der zu uns kommenden Ukraine-Flüchtlinge begegnen zu können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege. – Nun rufe ich als nächsten Redner Herrn Alexander Muthmann von der FDP-Fraktion auf.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Einzelplan 03 geht es im Kern um Sicherheitsfragen, um die Polizei, deren Ausstattung und Personal. Da können wir nach dem, was die Vorredner gesagt haben, konstatieren, aber auch nach unserer eigenen Wahrnehmung, dass wir da in der Tat auf einem guten, einem unterstützungswürdigen Weg sind. Wir, die FDP-Frak-

tion, wollen und werden deshalb, auch um ein Zeichen der Anerkennung zu setzen, dem Einzelplan 03 zustimmen.

Allerdings ist es durchaus notwendig, Kritik da und dort im Detail anzubringen. Auch im Hinblick auf weitere Verbesserungen und weitere Überlegungen gilt es, im Gespräch zu bleiben. Ich will nur ein paar ganz wenige Aspekte in diesem Zusammenhang nennen. In diesem Jahr wollen wir, wie gesagt, keinen Ärger besonderer Art machen. Wenn der Innenminister bei der Polizei da und dort politischen Ärger auszuhalten hatte, dann war das wohl eher Projekten des Ministerpräsidenten als den Forderungen der Opposition geschuldet. Ich will nur noch einmal an die übereilte Reform des Polizeiaufgabengesetzes oder die Einführung der Grenzpolizei erinnern. Auch die Reiterstaffel ist heute schon angesprochen worden. Das sind Dinge, die mehr dem Prestige des Ministerpräsidenten als der sachlichen Arbeit der Polizei gedient haben. Diese Themen verdeckten eher ein bisschen die wirklich wichtigen Fragen.

Wir haben diesen über die Jahre betriebenen weiteren Aufbau der Polizei, auch der Planstellen, unterstützt – das halten wir für richtig –, aber es gilt auch, darauf hinzuweisen, dass mit einem solchen Aufwuchs der Polizei einerseits und mit den zunehmend vielfältiger und komplexer werdenden Aufgaben andererseits ein zusätzlicher vielfältiger Fortbildungsbedarf einhergeht. Auch den müssen wir im Blick behalten. Die zentrale Ausbildungsstelle für die Polizei in Ainning platzt aus allen Nähten. Das wissen wir, deshalb müssen wir auch dazu Überlegungen anstellen.

Sehr geehrter Herr Staatsminister, in diesem Zusammenhang darf ich auch noch einmal auf die unendlichen Debatten zum Aus- und Fortbildungszentrum in Freyung erinnern, und da gebe ich auch keine Ruhe; denn wenn das irgendeinem Mitglied der Staatsregierung wirklich wichtig wäre, wenn man da Dampf machen würde, dann wären wir jetzt sicherlich ein ganzes Stück weiter. Dass die IMBY nach fünf oder sechs Jahren mit sieben Eigentümern noch immer nicht handelseinig geworden ist, ist und bleibt ein Trauerspiel. Ich bitte Sie deshalb, Ihren persönlichen Einfluss geltend zu ma-

chen, um diese Leidensgeschichte im Interesse der Polizei, aber auch im Interesse der Region endlich zu einem Ende zu bringen.

Auch das Thema Palantir ist schon angesprochen worden. Es hat auch aus Kostengründen einen zusätzlichen Blick verdient. Das soll in diesem Jahr noch anfallen. Da werden wir nachhaken. Dass die Kollegen der CSU und der FREIEN WÄHLER nun mit ihrem Antrag fordern, der eine große Mehrheit gefunden hat, abzuklären, ob eine gesetzliche Grundlage erforderlich ist – wie sie auch andernorts geschaffen wurde –, spricht auch eine deutliche Sprache. Wir unterstützen das und werden im Laufe dieses Jahres sicherlich noch darüber zu reden haben.

Zu Rettungsdienst und Katastrophenschutz haben wir eine Anhörung gehabt. Da zeigte sich in verschiedenen Bereichen Nachsteuerbedarf. An dieser Stelle ist uns die Verbesserung der Kommunikation zwischen den verschiedenen Hilfseinrichtungen ganz wichtig. Wenn die verschiedenen genutzten Arten von Software nicht kompatibel sind, wenn sie nicht ermöglichen, aktuelle Lagen aufeinander abzustimmen und sich auszutauschen, dann ist das ein Hemmnis, das so nicht bleiben darf.

Beim Thema Sport will ich nicht zum Spitzensport und nicht zu den Großereignissen Stellung nehmen, sondern nur kurz darauf hinweisen, dass durch die Vereinsförderung und all die Initiativen dort ein sehr wichtiger Beitrag zur Integration zu leisten ist und geleistet werden kann. Dies ist, gerade auch vor dem Hintergrund der ukrainischen Flüchtlingskrise, sicherlich ein weiterer wichtiger Ansatz, den es zu unterstützen gilt. Dies werden wir im Bereich des Sports, der Sportvereine und der dort ehrenamtlich Tätigen weiterhin einfordern und begleiten.

In Summe und im Großen und Ganzen – mit Ausnahme kleiner Details – signalisiere ich an dieser Stelle Zustimmung.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege Muthmann. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Kollegen Holger Dremel von der CSU-Fraktion auf.

Holger Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als langjähriger Polizeibeamter freue ich mich sehr darüber, dass wir mit dem Haushaltsentwurf 2022 im Einzelplan 03 zeigen, dass uns die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Bayern sehr am Herzen liegt. Diejenigen, die auch hier im Hohen Haus geglaubt haben, Sicherheit sei etwas Selbstverständliches oder sogar eine lästige Pflicht, wurden durch die verbrecherische Invasion Russlands in die Ukraine jäh aus ihren Träumen gerissen. Für uns von der CSU war und ist die Sicherheit – die äußere und die innere – nie etwas Selbstverständliches, sondern hat höchste Priorität, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Kollege Dr. Runge, das Lob an Herrn Staatsminister kann auch ich aus der Regierungsfraktion bestätigen. Er kommt immer dann, wenn er gerufen wird und wir sein Expertenwissen in unserem Ausschuss brauchen. Ich kann Sie aber beruhigen: Wir Mitglieder der Regierungsfractionen finden die richtige Balance zwischen Sicherheit auf der einen und Freiheit auf der anderen Seite.

Für alle Bürgerinnen und Bürger ist es heute eine gute und in diesen Zeiten auch beruhigende Nachricht, dass dieser Innenhaushalt eine Steigerung von 300 Millionen Euro erfährt und inklusive der Nachschubliste ein Volumen von 6,9 Milliarden Euro vorweist. Ich werde darauf eingehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, was darin steckt, und nicht darauf, was zusätzlich wünschenswert wäre. Da steckt schon so viel drin, dass wir darüber sprechen können bzw. müssen und stolz darauf sein können.

Wir setzen auf die personelle Stärkung der bayerischen Polizei mit weiteren 500 Stellen in 2022. Heute haben wir bei der Polizei einen Stand von 44.500 Stellen. Dies ist der höchste Personalstand in der Geschichte. Unser Ziel reicht aber noch darüber hin-

aus: Nächstes Jahr wollen wir weitere 500 Stellen aufwachsen lassen, um auf 45.000 Stellen zu kommen. Auch dies wäre ein neuer Rekord. Ferner ist dank der Initiative der Regierungsfractionen ein Projekt zur digitalen Ausstattung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gelungen. Letztes Jahr haben wir mit 1,6 Millionen Euro die sogenannte zweite Qualifikationsebene mit Tablets, Convertibles und Smartphones ausgestattet. Jetzt tun wir dies für die künftigen Kommissarinnen und Kommissare, die Studenten an der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern, Fachbereich Polizei in Fürstenfeldbruck, Sulzbach-Rosenberg und Kastl. Auch dies halte ich für eine gute Zielrichtung.

10 Millionen Euro müssen wir auch noch in den BOS-Digitalfunk einbauen, weil der Netzausbau tatsächlich noch nicht abgeschlossen ist. Wir müssen wesentliche Dinge nachfinanzieren, Bestandsinvestitionen betreiben und laufende Betriebskosten finanzieren. Außerdem stehen beim Digitalfunk auch noch wichtige Investitionen für die 72-Stunden-Notstromversorgung der Funkmasten sowie die Objektversorgung von sage und schreibe 300 Großgebäuden und Bauten in München an. Deshalb wird der Haushaltsansatz dafür noch einmal angehoben, und zwar um 10 Millionen Euro auf insgesamt 110 Millionen Euro.

Der Aufgabenbereich des Innenministeriums umfasst aber nicht nur die Polizei, sondern ist insgesamt sehr personalintensiv. Deshalb gibt es insgesamt 840,5 neue Stellen. Im Rahmen des Pakts für den öffentlichen Gesundheitsdienst – im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes und im Innenausschuss haben wir öfter darüber gesprochen – entstehen insgesamt 264 neue Stellen, davon 248 an den Landratsämtern und 16 an den Regierungen. Darüber hinaus werden die Landratsämter um weitere 55,5 Stellen von insgesamt 70 Stellen sowie – auch sehr wichtig – die staatlichen Feuerweherschulen um insgesamt 21 neue Stellen verstärkt. Dadurch ermöglichen wir unseren haupt- und ehrenamtlichen Feuerwehrleuten die bestmögliche Ausbildung. Da unsere Feuerwehren für die Sicherheit unserer Bürger von herausragender Bedeutung

sind, erhöhen wir die Mittel bei der Feuerwehr weiter, nämlich um fast eine Million Euro auf 91,8 Millionen Euro.

Für den Rettungsdienst und den Katastrophenschutz, liebe Kolleginnen und Kollegen, die für unsere Sicherheitsarchitektur wichtige und hervorragende Arbeit leisten, stehen 2022 insgesamt 51,4 Millionen Euro zur Verfügung. Aufgrund der hohen Ausgabereise konnten die Ansätze hier um 12,1 Millionen Euro reduziert werden. Mit diesen Mitteln können wir auch das Sonderinvestitionsprogramm "Katastrophenschutz Bayern 2030" fortführen. Für die Integrierten Leitstellen stellen wir 20,3 Millionen Euro bereit. Hier möchte ich noch einmal auf die Fraktionsinitiative zu sprechen kommen. Mit dem Änderungsantrag stellen wir eine Million Euro für die Satellitenkommunikation im Katastrophenfall zur Verfügung. Dies ist ein wichtiges Zeichen.

Last but not least, meine Damen und Herren, möchte ich auf die Beschlussfassung zum Bayerischen Rettungsdienstgesetz und zum Bayerischen Krankenhausgesetz in der letzten Woche zu sprechen kommen. Wir meinen und sind fest davon überzeugt, dass wir unseren Rettungsdienst damit für die Zukunft ausrichten und dass wir hier die wichtigen und richtigen Weichen gestellt haben. Ich danke den Oppositionsparteien, dass der Beschluss in Zweiter Lesung ohne eine Aussprache erfolgt ist. Dies zeigt, das Gesetz ist gut gelungen. Mein herzlicher Dank gilt auch allen in den Rettungsdiensten und Hilfsorganisationen Tätigen sowie meinen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei. Danke für euren Dienst!

Die Sportförderung sowie die Großprojekte und Großveranstaltungen wurden von Herrn Kollegen Hauber bereits ausführlich angesprochen. Frau Kollegin Barbara Becker, meine Vorrednerin, hat den Vergleich gezogen, wir laufen einen Ultralauf, einen Marathon. Diesen laufen wir gemeinsam als die beiden Regierungsfractionen. Wir freuen uns, dass die FDP hier mitgeht. Wir stärken die innere Sicherheit und den Sport. Das ist sehr positiv. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Entwurf und zu unserem Änderungsantrag.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Kollege Dremel. – Nächste Rednerin ist Frau Gülseren Demirel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Sehr verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Integration setzt Sprache, Bildung und Zugang zum Arbeitsmarkt voraus. Ich sehe im Bereich Integration, der beim Innenministerium angesiedelt ist, dass immer noch Hunderte von Asylbewerber*innen über Monate, manchmal sogar über Jahre in den Anker-Einrichtungen verbleiben, ohne eine Beschäftigung zu haben. Wir sehen, dass Kinder und Jugendliche in den Anker-Einrichtungen immer noch keine Regelschule besuchen dürfen, also keinen Zugang zur Regelschule haben. Wir haben in der Corona-Zeit erlebt, dass Kinder in den Unterkünften kein Homeschooling betreiben konnten, weil es keinen Internetzugang und keine Endgeräte gab. Wir erleben, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt wegen Arbeitsverboten nicht gegeben ist und dadurch der Zwang entsteht, Sozialhilfeleistungen zu beziehen, dass Sprachkurse nicht zur Verfügung stehen und dadurch sprachliche Ausbildung nicht funktioniert. Wir sehen dies und haben dazu auch immer wieder Anträge gestellt.

Wir haben im Moment eine herausragende Bereitschaft in der Gesellschaft, in der Bevölkerung, Geflüchtete zu unterstützen. Die gab es auch vorher, bevor die Menschen aus der Ukraine geflüchtet sind, und wir hatten eine starke Gemeinschaft in der Gesellschaft. Ohne Ehrenamt würde der Flüchtlingsbereich in Bayern katastrophal laufen. Daher ein Dankeschön an die Ehrenamtlichen, die vorher schon da waren und die auch jetzt mit ganz viel Engagement dabei sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir erleben aber auch, dass Herr Innenminister Herrmann auf der Bundesebene Widerstand dagegen leistet, dass die Hilfen für ukrainische Geflüchtete im Sozialhilfegesetzbuch verankert werden. Das ist unverständlich; denn Sie reden immer davon, die Kommunen zu unterstützen. Das würde die Kommunen unterstützen. Der Bund würde

zahlen; die Kommunen müssten nicht für die Gesundheitsleistungen und die Kosten aufkommen. Daher ist es nicht nachvollziehbar, warum Sie auch gegen diese Integration sind, Herr Innenminister Herrmann. Das würde auch die Länder entlasten.

Dafür könnten die Länder – wie es andere Bundesländer, beispielsweise Baden-Württemberg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein schon tun – Deutschkurse anbieten, zum Beispiel für Frauen mit Kindern. Die Arbeitsagentur sagt, dass es schwierig ist, geflüchtete Frauen in den Arbeitsmarkt zu vermitteln, weil sie keine Sprachkenntnisse haben. Da streben wir auch schon mit einem Antrag eine Verbesserung an.

AGABY, der Zusammenschluss der Migrationsbeiräte, würde auch, wenn man Integration ernst nimmt, eine sichere Finanzierung verdienen; diese bleibt ebenfalls aus. Ein kommunales Integrationszentrum in allen Kommunen in Bayern – –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte die Redezeit beachten! Sie ist zu Ende.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Wir sehen ja gerade, warum den Kommunen Integration so wichtig ist. Auch das haben wir gefordert. Daher würde ich mir bei dem Haushaltsplan mehr Integration, weniger Sicherheit wünschen. Bei der Integration bleiben Sie leider auf der Strecke, Herr Innenminister Herrmann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Frau Demirel. – Nun darf ich als nächstem Redner Herrn Staatsminister Joachim Herrmann das Wort geben.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war für mich nicht wirklich überraschend, dass nach so vergleichsweise ungewöhnlich viel Konsens in den vorherigen Reden die Kollegin Demirel es geschafft hat, am Schluss dann doch wieder einen ordentlichen Kontrapunkt zu setzen. Ich erlaube mir aber festzustellen: Egal, wie man die Einzelheiten betrachtet, liebe Frau Kollegin Demirel, dass Sie mit dem letzten Satz versucht haben,

einen Gegensatz aufzustellen, und dass Sie sagen, Sie wollen mehr Integration und weniger Sicherheit, das ist in der Tat ganz bestimmt nicht die Meinung der Mehrheit dieses Hohen Hauses. Das ist völlig verkehrt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich will ebenfalls mehr Integration, aber auf jeden Fall auch mehr Sicherheit. Allein schon der gedankliche Ansatz, da einen Gegensatz zu konstruieren, ist doch gerade in der heutigen Zeit, wo wir Hunderttausende Menschen aus der Ukraine bei uns aufnehmen, eine völlig falsche Botschaft. Es kann doch nicht darum gehen zu sagen: Wenn man mehr für die Integration tut, dann bedeutet das weniger Sicherheit. – Das ist doch eine völlig unsinnige Botschaft, die gar nicht in Ihrem eigenen Interesse sein kann, liebe Frau Demirel.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich kann nur sagen: Ja, wir wollen die Integration weiter voranbringen. Ich habe auch größten Respekt davor, wie Tausende Menschen in unserem Land sich aktuell engagieren, um die Menschen aus der Ukraine bestmöglich bei uns aufzunehmen; Menschen in Organisationen wie dem Roten Kreuz und anderen Rettungsorganisationen, Menschen in den Feuerwehren und im Technischen Hilfswerk, aber sehr wohl – das will ich ausdrücklich sagen – auch die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in den Kommunen, in Landes- und Bundesbehörden. Die allermeisten sind da unheimlich engagiert; es sind viele, die, wohlgemerkt, nach zwei Jahren Pandemie zum Teil ohnehin schon an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gekommen sind und sich jetzt trotzdem wieder in die Arbeit stürzen, um den Menschen aus der Ukraine zu helfen. Deshalb sage ich ausdrücklich den Ehrenamtlichen genauso wie den Hauptamtlichen ein ganz herzliches Dankeschön für das großartige Engagement, das wir hier in unserem Land erleben dürfen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir wollen die Integration weiter voranbringen. Mit Verlaub, das Angebot von Deutschkursen ist nicht davon abhängig, dass man Leistungen nach dem SGB II bekommt. Vielmehr laufen jetzt bereits vielfältige Angebote, und wir werden diese weiter ausbauen. Genauso werden wir die Beratungsangebote weiter ausbauen. Das haben wir bereits mit den großen karitativen Organisationen besprochen. Das wird jetzt sehr schnell umgesetzt, weil wir angesichts der Vielzahl von Flüchtlingen aus der Ukraine in der Tat ein breiteres Angebot brauchen, das entsprechend mit höheren Zuschussbeträgen versehen werden muss.

Ich darf an dieser Stelle aber noch einmal darauf hinweisen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir uns an den Ergebnissen messen lassen, auch was die Integration nicht nur der Ukrainer – die steht erst bevor –, sondern insgesamt von Flüchtlingen und ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern angeht. Sie picken immer irgendwelche einzelnen Rosinen oder auch schlechte Stückchen heraus. Sie wissen aber auch: Die von der Bundesagentur für Arbeit veröffentlichten Statistiken zeigen eindeutig, dass in jedem anderen Bundesland ein höherer Anteil von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern arbeitslos ist als in Bayern. Das gilt für die ausländischen Staatsangehörigen; das gilt auch für Menschen mit Migrationshintergrund. Egal, wie Sie es drehen und wenden, kommen Sie immer wieder zu dem Ergebnis, dass es bei uns in Bayern den meisten gelingt, einen Arbeitsplatz zu bekommen und dann in der Tat von eigener Hände Arbeit zu leben. Das ist das Ergebnis der Arbeit in Bayern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Das ist auch entscheidend für die Menschen, für die einen wie für die anderen. Daran wollen wir auch in Zukunft arbeiten. Deshalb werden wir mit den Dingen, die Sie hier in den Raum stellen, wirklich nicht weiter vorankommen.

Ich sage gern noch ein Wort zu dem Thema SGB II. Nur damit die Kommunen finanziell entlastet werden, was unser Anliegen ist, die Forderung in den Raum zu stellen,

dass jetzt jeder Flüchtling aus der Ukraine vom ersten Tag an Leistungen nach dem SGB II bekommen soll – – Da, sage ich Ihnen ehrlich, fürchte ich, dass wir eher neue soziale Verwerfungen in unserem Land bekommen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben eine großartige Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung. Aber ich bin der festen Überzeugung, dass sehr viele Menschen, die auch persönlich hilfsbereit sind, sagen: Na ja, dass jetzt jeder vom ersten Tag an Leistungen nach dem SGB II bekommen soll ... – Wenn jetzt jeder, der neu kommt, vom ersten Tag an so gestellt sein soll wie diejenigen, die seit jeher hier wohnen und Steuerzahler sind, die dann irgendwann in Arbeitslosigkeit fallen und dergleichen und eben nicht mehr genug zum Leben haben, das kann nicht richtig sein. Mit Verlaub, ich habe diese Diskussion bislang auch in der Öffentlichkeit nicht eskaliert. Ich weiß nicht, zu welchem Ergebnis am Schluss jetzt die Ministerpräsidenten kommen werden.

Ich persönlich habe in vielen Gesprächen auch mit Sozialdemokraten und gestern auch wieder in Berlin festgestellt, dass es viele gibt, die im Hinblick auf die Wirkungen auf die Gesamtbevölkerung, ich sage mal ganz vorsichtig, auch eine erhebliche Skepsis haben. Das sollte man beachten in einer Zeit, in der wir eine Preissteigerung haben, wie es sie schon ewig nicht mehr gegeben hat, wo wieder Menschen mit niedrigem Einkommen manchen Euro dreimal umdrehen müssen und kaum wissen, wie sie durchkommen. Sie sollten in einer solchen Zeit bitte gerade in dieser Richtung nicht die falschen Signale setzen. Es geht nicht um die Frage, ob ich etwas gegen gute Integration habe, sondern darum, dass in einer Zeit, wo wir auch sonst schon an die finanziellen Grenzen unseres Staates kommen, der Eindruck erweckt wird, als ob man das am einfachsten damit erledigt, dass man noch mehr Geld ausgibt. Wir müssen da ein bisschen vorsichtig sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht nur bei dem Thema Integration können wir uns an den Ergebnissen messen lassen. Ich bin dankbar, dass das ausdrücklich ange-

sprochen worden ist. Gestern habe ich zusammen mit der Bundesinnenministerin vor der Bundespressekonferenz im Namen der Länder für die Innenminister die Kriminalstatistik für ganz Deutschland vorgestellt, die erfreulicherweise insgesamt ziemlich parallel zu den Zahlen in Bayern einen Rückgang bei vielen Straftaten ausweist. Wir haben im vergangenen Jahr jedoch leider eine Zunahme an Kinderpornografie und Cyber-Kriminalität gehabt. Aber klar zu sehen ist ein Rückgang von Kriminalität sowie auf jeden Fall das Ergebnis, dass der Freistaat Bayern eindeutig erneut das sicherste aller 16 Bundesländer ist. Das ist ein großartiges Ergebnis der Sicherheitspolitik des Freistaats Bayern, aber gerade auch der Frauen und Männer bei der Polizei und der Justiz, die ganz besonders dafür verantwortlich sind, Ihnen möchte ich heute auch noch mal ein herzliches Dankeschön senden. Wir erreichen mit ihrer großartigen Arbeit mehr Sicherheit für die Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der Ihnen vorliegende Haushaltsentwurf sieht in der Tat die nötigen Gelder dafür vor, dass wir das Personal weiter ausbauen, mehr Stellen für die Polizei bekommen und gleichzeitig eine noch bessere Sachausstattung für die Polizei erhalten; denn wir wollen uns nicht auf den Erfolgen der Vergangenheit ausruhen, sondern wir wollen weiter mit allem Engagement dafür arbeiten, dass die Menschen – alle Menschen in unserem Land – weiterhin sicher leben können.

Ich bedanke mich beim Hohen Haus für die Unterstützung dieser Arbeit und bitte um Zustimmung zum vorliegenden Haushaltsentwurf.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Staatsminister, vielen Dank. – Es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Frau Gülseren Demirel.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Herr Minister, wenn man nur drei Minuten Redezeit, aber viel zu sagen hat, kommt das eine oder andere zu kurz. Der Schlusssatz mit dem

Inhalt, es ging Ihnen um mehr Sicherheit und weniger Integration, bezog sich eigentlich auf die Verbote im Bereich der Geflüchteten: kein Zugang zur Schule, Anker-Einrichtungen und Arbeitsverbote. Daher will ich mich nicht falsch verstanden wissen. Sie wissen ganz genau, dass wir immer dafür waren, dass die Registrierungen sauber ablaufen, dass Unterkünfte kleinräumig und dezentral eingerichtet werden und dass Gewaltschutzkonzepte in den Einrichtungen vernünftig umgesetzt werden.

(Zuruf)

Zum Schluss: Natürlich ist ein Deutschkurs nicht vom SGB abhängig, aber Sie wissen, dass jeder Geflüchtete, der einen Schutzstatus bekommt, automatisch in den Geltungsbereich der Sozialhilfegesetzgebung kommt und damit auch die Kommunen entlastet. Deshalb verstehe ich Ihren Widerstand bei den ukrainischen Geflüchteten nicht, die ganz klar einen Schutzstatus haben.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Demirel, Ihre Redezeit ist zu Ende. – Herr Staatsminister, bitte schön.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Frau Kollegin, ich nehme das zur Kenntnis, auch wenn es für mich in der Gesamtheit nicht wirklich nachvollziehbar ist, was Sie jetzt eigentlich sagen wollten. Es ist dem Protokoll der heutigen Sitzung wörtlich zu entnehmen, dass Sie gesagt haben: Mehr Integration und weniger Sicherheit. Wenn Sie jetzt richtigstellen wollen, dass Sie das so nicht sagen wollten, nehmen wir das gern zur Kenntnis. So ganz klar wurde das aus Ihren Äußerungen aber nicht, ob Sie das wirklich zurücknehmen wollen oder nicht. So bleibt das im Protokoll wirklich weiterhin so zu lesen. Ich kann nur sagen: Eine solche Gegenüberstellung, einen solchen Gegensatz zwischen Sicherheit und Integration zu bilden, ist völlig verkehrt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2022, Einzelplan 03, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/20679 mit 18/20682, 18/20722 und 18/20723, 18/20789 mit 18/20806, 18/20876 und 18/20877, 18/20879 mit 18/20902, 18/21021, 18/21043 mit 18/21045, 18/21182 und 18/21261 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/21895 sowie der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Haltung von Dienstfahrzeugen – Verstärkungstitel für Treibstoffkosten aller Art" auf der Drucksache 18/22062.

Ich lasse zunächst über die beiden Änderungsanträge, zu denen namentliche Abstimmung beantragt wurde, abstimmen, also über den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/22062 und über den interfraktionellen Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP auf Drucksache 18/20876. Bitte verwenden Sie jeweils Ihr Abstimmgerät.

Zunächst ist über den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Haltung von Dienstfahrzeugen – Verstärkungstitel für Treibstoffkosten aller Art" auf der Drucksache 18/22062 in namentlicher Form abzustimmen. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 13:46 bis 13:49 Uhr)

Haben alle Kolleginnen und Kollegen abgestimmt? – Ich sehe noch Kolleginnen und Kollegen vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Okay? – Gut. Ich schließe die Abstimmung. Bevor wir mit der nächsten namentlichen Abstimmung beginnen, müssen wir eine kurze Zeit warten, bis ich das Okay bekommen habe, dass wir wieder abstimmen können.

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den interfraktionellen Änderungsantrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP betreffend "Anpassung der Zuschüsse für Flüchtlings- und Integrationsberatung" auf Drucksache 18/20876. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt jetzt zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 13:50 bis 13:52 Uhr)

Anscheinend haben alle Kolleginnen und Kollegen abgestimmt. Damit schließe ich Abstimmung. Wir ermitteln nun die Abstimmungsergebnisse.

Ich fahre fort mit der einfachen Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Mittel für die Schaffung eines Zentrums für Wassergefahren" auf Drucksache 18/20902. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind die übrigen Fraktionen. Haben wir einen fraktionslosen Abgeordneten? – Ich sehe jetzt niemanden. Stimmenthaltungen? – Sehe ich auch nicht. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Haltung von Dienstfahrzeugen – Verstärkungstitel für Treibstoffkosten aller Art", Drucksache 18/22062, bekannt: Mit Ja haben 10 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 103. Stimmenthaltungen: null. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den interfraktionellen Änderungsantrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der

FDP betreffend "Anpassung der Zuschüsse für Flüchtlings- und Integrationsberatung", Drucksache 18/20876, bekannt. Mit Ja haben 42 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 74. Stimmenthaltungen: null. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 11)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan selbst. Der Einzelplan 03 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf der Drucksache 18/21895 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 03 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der FDP. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der AfD. Fraktionslose Abgeordnete sehe ich nicht. – Damit ist der Einzelplan 03 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 12)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflich-

tungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Wer ist dagegen? – Die Fraktion der AfD. Wer enthält sich der Stimme? – Niemand. Dann ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 18/21895, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/21021, 18/21043 mit 18/21045, 18/21182 und 18/21261 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 03 ist damit abgeschlossen.

Ich bin gefragt worden, ob es vorstellbar ist, das heutige Plenum so zu beenden, dass wir unter Umständen morgen mit nicht beendeten Einzelplänen beginnen würden. Dem wird natürlich nicht stattgegeben, weil sich die anderen Kolleginnen und Kollegen darauf eingestellt haben. Wir machen heute, egal wie lange es dauert, das vorgesehene Programm durch. – Ich darf Sie jetzt zur Mittagspause bitten. Um 14:25 Uhr werden wir wieder starten. Danke schön.

(Unterbrechung von 13:58 bis 14:27 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn wir wenige sind, bin ich überzeugt, dass gerade die wenigen die hoch qualifizierten Kräfte sind und wir deshalb starten können. Ich will nicht zu viel sagen, aber als ersten Redner haben wir jetzt den Kollegen Michael Hofmann von der CSU.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2022 zu Tagesordnungspunkt 8: Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u. a. und Fraktion AfD; Haushaltsplan 2022; hier: Haltung von Dienstfahrzeugen - Verstärkungstitel für Treibstoffkosten aller Art (Kap. 03 02 Tit. neuer Tit.) (Drucksache 18/22062)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Fackler Wolfgang		X	
Adjei Benjamin				Dr. Faltermeier Hubert			
Aigner Ilse				Fehlner Martina			
Aiwanger Hubert				Fischbach Matthias		X	
Arnold Horst				Flierl Alexander			
Atzinger Oskar	X			Flisek Christian			
Aures Inge		X		Franke Anne		X	
				Freller Karl			
Bachhuber Martin		X		Friedl Hans			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Friedl Patrick			
Bauer Volker				Fuchs Barbara		X	
Baumgärtner Jürgen				Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bayerbach Markus				Gehring Thomas		X	
Becher Johannes				Gerlach Judith			
Becker Barbara		X		Gibis Max		X	
Beißwenger Eric		X		Glauber Thorsten			
Bergmüller Franz	X			Gotthardt Tobias		X	
Blume Markus				Gottstein Eva			
Böhm Martin				Graupner Richard	X		
Bozoglu Cemal		X		Grob Alfred		X	
Brandl Alfons				Güller Harald		X	
Brannekämper Robert				Guttenberger Petra		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X					
von Brunn Florian				Häusler Johann			
Dr. Büchler Markus		X		Hagen Martin		X	
Busch Michael				Prof. Dr. Hahn Ingo			
				Halbleib Volkmar			
Celina Kerstin		X		Hartmann Ludwig			
Dr. Cyron Anne				Hauber Wolfgang		X	
				Haubrich Christina			
Deisenhofer Maximilian				Hayn Elmar			
Demirel Gülseren		X		Henkel Uli			
Dorow Alex				Herold Hans			
Dremel Holger		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dünkel Norbert		X		Herrmann Joachim		X	
Duin Albert		X		Dr. Herz Leopold		X	
				Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Ebner-Steiner Katrin	X			Hierneis Christian			
Eck Gerhard				Hiersemann Alexandra			
Eibl Manfred		X		Hintersberger Johannes		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Högl Petra		X	
Eisenreich Georg				Hofmann Michael		X	
Enders Susann		X		Hold Alexander		X	
Enghuber Matthias		X					

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas			
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra			
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias			
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin			
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian			
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans		X	
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas	X		
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	10	103	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2022 zu Tagesordnungspunkt 8: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten Florian von Brunn, Alexandra Hiersemann, Klaus Adelt u. a. und Fraktion SPD, der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion FDP; Haushaltsplan 2022; hier: Anpassung der Zuschüsse für Flüchtlings- und Integrationsberatung (Kap. 03 12 Tit. 684 54) (Drucksache 18/20876)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adje Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons			
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian			
Dr. Büchler Markus			
Busch Michael			
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Düinkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Faltermeier Hubert			
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander			
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. Hahn Ingo			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Hayn Elmar			
Henkel Uli			
Herold Hans			
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas			
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra			
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias			
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin			
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna			
Straub Karl			
Streibl Florian			
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	42	74	0

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 8

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 03

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Stefan Schuster, Christian Flisek u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Erhöhung des Stellenkontingents für voraussetzungslose Antragsteilzeit
gem. Art. 88 BayBG
(Kap. 03 17, 03 18, 03 20, 03 21 jeweils Tit. 422 01)
Drs. 18/20679
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Stefan Schuster, Klaus Adelt u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Feuerwehrehäuser sanieren
(Kap. 03 23 Tit. 883 02)
Drs. 18/20680
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Stefan Schuster, Arif Taşdelen u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Öffentlichkeitsarbeit Rettungsdienst
(Kap. 03 24 Tit. 547 03)
Drs. 18/20681
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Stefan Schuster, Arif Taşdelen u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen aus dem Sonderinvestitionsprogramm Katastrophenschutz Bayern 2030
(Kap. 03 24 Tit. 812 05)
Drs. 18/20682
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 03 18 Tit. 422 01)
Drs. 18/20722

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Beschaffung und Unterhalt von Tieren
(Kap. 03 18 Tit. 511 24)
Drs. 18/20723
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration
(Kap. 03 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/20789
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Untersuchung der Auswirkungen des Glücksspielstaatsvertrags auf Spielsucht und Spielverhalten in Bayern
(Kap. 03 02 Tit. 526 11)
Drs. 18/20790
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
(Kap. 03 02 neuer Tit.)
Drs. 18/20791
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Förderung von Vereinen in strukturschwachen Regionen ausbauen
(Kap. 03 03 Tit. 893 91)
Drs. 18/20792
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Stellen für eine Lehrgruppe zur Aus- und Fortbildung der Führungsgruppen im Katastrophenschutz
(Kap. 03 08 Tit. 422 01)
Drs. 18/20793
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Personalausstattung der unteren Naturschutzbehörden
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 18/20794

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Chefdigitallotsinnen und Chefdigitallotsen in den Landratsämtern
(Kap. 03 09, Tit. 422 01)
Drs. 18/20795
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kommunale Integrationszentren einführen und fördern
(Kap. 03 12 Tit. 633 54)
Drs. 18/20796
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Psychosoziale Zentren nachhaltig finanziell sichern
(Kap. 03 12 Tit. 685 54)
Drs. 18/20797
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sprachkurse für geflüchtete Frauen flächendeckend ermöglichen
(Kap. 03 12 Tit. 684 58)
Drs. 18/20798
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Cyberkriminalität, von Rechtsextremismus und Organisierter Kriminalität beim Landeskriminalamt
(Kap. 03 15 Tit. 422 01 und 534 01 sowie Kap. 03 17 Tit. 422 01)
Drs. 18/20799
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Keine weitere Beschaffung von Pferden für die Polizei
(Kap. 03 18 Tit. 511 24)
Drs. 18/20800
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Verstärkte Mitgliederwerbung und Nachwuchsgewinnung für Feuerwehren
(Kap. 03 23 Tit. 547 02)
Drs. 18/20801

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sanierung von Feuerwehrrhäusern fördern
(Kap. 03 23 Tit. 883 02)
Drs. 18/20802
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Keine weitere Finanzierung von Sicherheitswachen
(Kap. 03 18 TG 76)
Drs. 18/20803
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sirenen-System in Bayern weiter ausbauen
(Kap. 03 24 Tit. 883 05)
Drs. 18/20804
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: PSNV-E – Psychosoziale Notfallversorgung für Einsatzkräfte im Katastrophenschutz
(Kap. 03 24 neuer Tit.)
Drs. 18/20805
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bessere Ausstattung von Feuerweherschulen
(Kap. 03 26 Tit. 812 01)
Drs. 18/20806
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Florian von Brunn, Alexandra Hiersemann, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD), Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Anpassung der Zuschüsse für Flüchtlings- und Integrationsberatung
(Kap. 03 12 Tit. 684 54)
Drs. 18/20876
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Florian von Brunn, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD), Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Institutionelle Förderung der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY)
(Kap. 03 12 neuer Tit.)
Drs. 18/20877

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Kligen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bündnis für Toleranz
(Kap. 03 03 Tit. 547 07)
Drs. 18/20879
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Kligen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Planstellen I Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 03 05 Tit. 422 01)
Drs. 18/20880
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Kligen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Landesamt für Asyl und Rückführungen (LfAR) Personalausgaben
(Kap. 03 11 Tit. 422 01)
Drs. 18/20881
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Abschiebekosten
(Kap. 03 11 Tit. 533 01)
Drs. 18/20882
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Kligen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Rückkehrhilfen
(Kap. 03 11 TG 51)
Drs. 18/20883
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Integrationslotsen
(Kap. 03 12 Tit. 633 55)
Drs. 18/20884
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Maßnahmen zur Förderung von Ausbildung und Arbeit im Bereich der Integration
(Kap. 03 12 Tit. 686 61)
Drs. 18/20885

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Klingen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Beratung und Betreuung von Asylbewerbern, sonstigen Ausländern und bleibeberechtigten Zuwanderern
(Kap. 03 12 TG 54-56)
Drs. 18/20886
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Maßnahmen zur Erstorientierung, Wertevermittlung und Sprachförderung für Asylbewerber und sonstige Ausländer, bleibeberechtigte Zuwanderer sowie weitere Integrationsbedürftige
(Kap. 03 12 TG 58)
Drs. 18/20887
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Jan Schiffers, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IV – Gemeinschaftsverpflegung
(Kap. 03 13 Tit. 514 21)
Drs. 18/20888
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Christian Klingen, Jan Schiffers u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds V – Miete, Bewirtschaftung und Unterhalt der Grundstücke und Gebäude, Ausweichunterbringung
(Kap. 03 13 Tit. 517 01, Kap. 03 13 Tit. 517 05, Kap. 03 13 Tit. 518 01, Kap. 03 13 Tit. 519 01 und Kap. 03 13 Tit. 533 02)
Drs. 18/20889
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Klingen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ausgaben für Sicherheit
(Kap. 03 13 Tit. 517 11)
Drs. 18/20890
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Klingen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Forschungsaufträge und Informationsmaterial
(Kap. 03 13 Tit. 526 21 und Kap. 03 13 Tit. 531 21)
Drs. 18/20891
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 03 13 Tit. 633 01)
Drs. 18/20892

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Kligen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Mehraufwandspauschale der Kassenärztlichen Vereinigung
(Kap. 03 13 Tit. 633 09)
Drs. 18/20893
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Hausverwalterpauschale
(Kap. 03 13 Tit. 633 10)
Drs. 18/20894
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Kligen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Transportkosten für die Weiterleitung der Bewohner der Unterkünfte
(Kap. 03 13 Tit. 671 01)
Drs. 18/20895
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Kligen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter beim Landeskriminalamt
(Kap. 03 17 Tit. 422 01)
Drs. 18/20896
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Kligen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Entgelte der Arbeitnehmer
(Kap. 03 17 Tit. 428 01)
Drs. 18/20897
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Kligen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Entgelte der Arbeitnehmer
(Kap. 03 18 Tit. 428 01)
Drs. 18/20898
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Kligen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 03 20 Tit. 422 01)
Drs. 18/20899

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erhöhung der Ausgaben für Gutachten zur Effizienzsteigerung im Rettungsdienst
(Kap. 03 24 Tit. 526 11)
Drs. 18/20900
49. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erhöhung der Mittel für die Wasserrettung
(Kap. 03 24 Tit. 894 01)
Drs. 18/20901
50. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Mittel für die Schaffung eines Zentrums für Wassergefahren
(Kap. 03 24 neuer Tit.)
Drs. 18/20902